

Kampf dem Stau

Die Mobilität der Zukunft ist Thema bei der Deutsch-Luxemburgischen Wirtschaftskonferenz

Von Mara Bilo

Luxemburg. Der individuelle Autoverkehr hat immer schwerwiegendere Folgen – sei es für die Umwelt oder gar die Gesundheit der Menschen. Das ist besonders in Luxemburg mit seinen rund 200 000 Pendlern, die jeden Morgen die Grenze des Großherzogtums überqueren, ein Thema. Die 18. Deutsch-Luxemburgische Wirtschaftskonferenz widmete sich am Montagabend in der Handelskammer diesem Problem; diskutiert wurden verschiedene Ansätze von Vertretern der luxemburgischen und der deutschen Politik – „Ansätze, die die Politik, die dafür zuständig ist, umsetzen kann“, wie es der Handelskammerpräsident Luc Frieden formulierte.

„Heute entscheiden sich immer noch mehr als zwei Drittel der deutschen Pendler für das Auto“, stellte der deutsche Botschafter in Luxemburg, Heinrich Kreft, fest. Insgesamt zählt Luxemburg etwa 50 000 Pendler aus Deutschland; das entspricht jedem vierten Grenzgänger. „Das Verkehrsaufkommen ist kaum zu bewältigen.“

Transportminister François Bausch (Déi Gréng) legte seinerseits drei Aktionsschwerpunkte fest: Mobilität anders planen, Verkehrsmittel kombinieren und große Investitionen in die Infrastruktur. „Es hat keinen Sinn, eine Autobahn von zwei auf drei Spuren auszubauen. Es geht ja nicht darum, mehr Fahrzeuge, sondern mehr Menschen zu bewegen“, sagte der Minister. „Ich bin fest davon überzeugt, dass die Lösung eine Kombination aller Verkehrsmittel sein wird – dazu sollten andere Wege wie zum Beispiel Home-Office gefördert werden. Dafür muss allerdings mehr Geld in die Infrastruktur fließen.“

Aus deutscher Sicht betonte die Ministerin für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr im Saarland, Anke Rehlinger, dass es für beide Länder wichtig sei, „einen gegenseitigen Profit zu erzielen.“ Immerhin sei es für ein Bundesland wie das Saarland nicht unbedingt von Vorteil, viel in die Transport-



Seltener Anblick: Erst wenn der Berufsverkehr weg ist, läuft es reibungslos in Schengen. Foto: Anouk Antony

wege nach Luxemburg zu investieren, wenn im Saarland dadurch ein Fachkräftemangel entsteht. Aber: „Wir müssen den Wirtschaftsraum zusammen konstruktiv gestalten.“ Die Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie in Rheinland-Pfalz, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, setzte einen Schwerpunkt auf die Digitalisierung der Transportwege. „Es gilt in diesem Bereich noch Hürden abzubauen“, erklärte sie. „Ich sehe aber viel Potenzial – besonders auf ländlichen Flächen. Viele Menschen müssten nicht zwangsweise in die Stadt, um zu arbeiten.“

Konkrete Beispiele

Während es auf Regierungsebene etwas langsamer zugeht, werden auf Unternehmensebene aller-

dings bereits eigenständig Lösungen gefunden. Beispiel Deloitte: Die Beratungsgesellschaft, die rund 2 200 Angestellte in Luxemburg beschäftigt, will zeigen, wie man mit einfachen Maßnahmen und ohne große Investitionen, den Verkehrsdruck abfedern kann. „In Luxemburg sind Parkplätze zu einer Mangelware geworden. Wir haben uns dafür entschieden, Car-Pooling zu fördern, indem wir den Mitarbeitern, die andere Kollegen mit zur Arbeit nehmen, einen Parkplatz zur Verfügung stellen“, erklärt Jan Van Delden, „Partner Audit“ bei Deloitte. „Darüber hinaus bieten wir flexible Arbeitszeiten an, damit unsere Mitarbeiter außerhalb der Stoßzeiten unterwegs sind.“

Obendrein hat die Firma auch an der französischen Grenze, in

Esch/Belval, Co-Working-Büros eröffnet. Dort ist Platz für 250, jenseits der luxemburgischen Grenze lebende Mitarbeiter, wie Jan Van Delden erklärt: „180 Angestellte sind dauerhaft dort angesiedelt; weitere 70 bis 80 Mitarbeiter können für ein bis zwei Tage in der Woche von Belval aus ihre Arbeit erledigen.“ Ganz von zu Hause – sprich in Frankreich – ist aus Steuergründen nicht möglich; das Doppelsteuerabkommen zwischen Luxemburg und Frankreich sieht nur eine begrenzte Anzahl von Arbeitstagen im Ausland vor.

Bislang ist die Deloitte-Initiative in Esch/Belval ein voller Erfolg, so Jan Van Delden. „Wir überlegen, ein ähnliches System nahe der belgischen und deutschen Grenze einzuführen.“